

# General-Anzeiger



für Aemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Amtsblatt für den Magistrat zu Aemberg des Königl. Amtsgerichts und versch. Gemeinden

**Wochensatz wöchentlich dreimal:** Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.  
**Wagnerspreis:** Westfälisch für 1,16 M., durch Voten in Aemberg 1,20 M., in Wittenberg, Wittenberg, Bismarck, Aemberg, Gommern und Gaby 1,30 M. und durch die Post 1,30 M.

**Anzeigenpreis:** Die 5spaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige 20 Pfg., 2spaltige 25 Pfg., 1spaltige 30 Pfg. für das Buchst., einschließlich Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme wochentags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Nr. 48

Aemberg Donnerstag, den 24. April 1919.

21. Jahrg.

## Die Wahlkarten

können morgen gegen Rückgabe der Stammkarten im Rathaus abgeholt werden.

Aemberg, den 23. April 1919.

Der Magistrat.

## Friedhof.

Die Gebühren für die Anlage des Grabes sind vom 1. Mai d. J. ab, wie folgt, festgesetzt worden:  
Für 1 Erdgrabsitz 15 M.  
" 1 großes Grab 7 "  
" 1 " Kindergrab 4 "  
" 1 kleines 3 "

Aemberg, den 17. April 1919.

Der Magistrat.

## Böfcherde-Verkauf

an der Bergmühlstraße

Donnerstag, den 24. April, nachmittags 6 Uhr

Sammelplatz: 1. Straße, Bedingungen im Termin.

Aemberg, den 23. April 1919.

Der Magistrat.

Anmeldungen von

## Freiwilligen,

die in die mod. 2. Garde-Inf.-Brigade (Brigade Reinhardt) in Berlin einzutreten bereit sind, werden im Rathaus, 2 Treppen entgegengenommen.

Aemberg, den 22. April 1919.

Der Magistrat.

## Das Schulgeld

der geborenen Abteilung der hiesigen Volksschule ist durch Beschluß der sämtlichen Kollegien vom 8. und 15. 4. 19 ab 1. April 1919

für hiesige Schüler auf 90,— M.,

für auswärtige Schüler auf 100 M. jährlich

festgesetzt.

Aemberg, den 21. April 1919.

Der Magistrat.

Nächsten Sonnabend, abends 7/7 Uhr findet eine

## Übung

der uniformierten Pflichtfeuerwehr statt. Sammelplatz am Spritzenhaus. Vollständige Teilnahme ist dringend nötig.

Aemberg, den 23. April 1919.

Der Brandmeister.

## Politische Tagesübersicht.

Graf Brodowski-Kanzen über die Lage.

Wien, 23. April. Reichsminister Graf Brodowski-Kanzen hat dem Vertreter des neuen Wiener Abgeordneten zum Reichstag die Lage des Saargebietes über das Schicksal des Saargebietes erklärt. Deutschland habe auf dem Wilsonschen Programm das nicht von einer Abkündigung über Gebiete lag, deren Zugehörigkeit außerhalb jeder Entscheidung stehe, und sehr seine Wichtigkeit darin, auch nur zu erwägen, ob das Saargebiet der Kontrolle unterworfen werden solle, von der das Saargebiet mit Frankreich mit dem besten Willen zur Verständigung zu prüfen. In Beantwortung der Frage, ob die Politik der Entente unter dem Druck des öffentlichen Gewissens in den westlichen Ländern ihre gefährliche Bahn nicht doch verlassen werde, wie Graf Brodowski-Kanzen darauf hin, daß die Entente trotz der Wählerstimmen gegen den Anschlag Deutschlands ein Deutschland kein ewiges Reich spreche, da offenbar auch die bittere Forderung sich schreie, die unüberwindliche Triebkraft des nationalen Gemeinschaftslebens zu verewigen.

## Ernennung Dernburgs zum Reichsfinanzminister.

Berlin, 19. April. Der Reichspräsident hat heute Abend die Ernennung von Herrn Dernburg zum Reichsminister der Finanzen vollzogen. Reichsminister Dernburg wird gleichzeitig das Amt eines Vizepräsidenten des Reichsministeriums übernehmen.

## Die Demokratisierung der preussischen Verwaltung.

Berlin, 19. April. Wie wir hören, soll die vom Reichspräsidenten Sirch in Aussicht gestellte Demokratisierung der

preussischen Verwaltung nach Möglichkeit vor der Verlegung der preussischen Nationalversammlung zu den Sommerferien in der Hauptsache erledigt werden. Im Wesentlichen dürfte ihre Durchführung nach zwei Hauptgesichtspunkten erfolgen. Einmal wird die weitere Verlegung der wichtigsten Ämter mit der Regierung genäherten Persönlichkeiten in durchgreifendes Weisse weiterzuführen sein und dann handelt es sich um eine Vereinfachung der Verwaltung, über welche Materie ja bereits von der Zusammenstellungskommission vor dem Kriege beraten wurde. Wie verlautet, werden die Oberpräsidenten von Ostpreußen (v. Batock), von Sachsen (v. Schlieffenberg), von Hannover (v. Richter), sowie von Rheinland und Westfalen auf ihren Posten zurück zu bleiben, während die übrigen Oberpräsidentenstellen neu besetzt werden. Man rechnet ferner damit, daß etwa zwei Drittel der alten Regierungspräsidenten zurücktreten und daß über 100 Stadtratsstellen ihre Inhaber wechseln werden.

## Der freie Handel soll helfen!

Berlin, 22. April. Infolge der Zahlungsschwierigkeiten, die sich beim Ankauf der ausländischen Lebensmittel ergeben haben, hat sich die Reichsregierung veranlaßt gesehen, den freien Handel im weitesten Umfang zum Ankauf der ausländischen Waren heranzuziehen. Die einzelnen Handelsorganisationen haben sich bereits zum Abschluß von größeren Verträgen mit ausländischen Firmen vorbereitet und es besteht insoweit kein begründeter Zweifel, daß unter diesen Umständen die Einfuhr der aus dem Auslande kommenden Waren und Lebensmittel ohne weitere Schwierigkeiten vor sich gehen wird.

## 7 Millionen für „Verteidigung“ in Braunschweig ausgegeben.

In der letzten Sitzung der Deutschen demokratischen Partei machte Herr Landtagsabgeordneter Dr. Brode nach der „Fr. L. Ztg.“ interessante Mitteilungen über die Kosten der sogenannten revolutionären Verteidigung. Er hatte sich vom Reichstags-Ausschuß des Landtages das Mandat geben lassen, einmal die Höhe der revolutionären Verteidigung prüfen zu können. Er werde darüber dem Landtage schriftlich ausführlich Bericht erstatten. Wessens abend verriet er nur, daß da nicht alles in Ordnung sei. Es seien beispielsweise für 1.170.000 Mark Hereszeug in Braunschweig verankert worden. Dieses Geld sei von den revolutionären Verteidigung mitverbraucht. Diese Gelder müsse man aber natürlich dem Reiche zurück erstatten. Im ganzen seien seit dem 7. November 1918 7 Millionen Mark für die revolutionäre Verteidigung ausgegeben worden. Demgegenüber seien als Eingang nur 6 1/2 Millionen Mark eingingen. Auf die Frage wie das käme, erklärte der Redner, es wäre noch eine Kontro für Kleidung und Beförderung eingerichtet. Zu diesem ist der Preis aus der Verfertigung von elf Waggons Lebensmittel geschlossen in denen für 392.000 Mark Lebensmittel vorhanden waren. Hieron sind 196.000 Mark mit von der Kasse für revolutionäre Verteidigung verbraucht worden.

## Aus der Heimat und dem Vletage.

Aemberg, den 23. April 1919

\* Die Eisenbahn-Direktion Halle a. S. hat unter 19. d. Mts. eine Verfügung erlassen, wonach die äußerst schwierige Verkehrs- und Betriebslage erfordert, daß auch weiterhin alle nicht unbedingt notwendigen und dringlichen Reisen unterbleiben. Zweckmäßigkeit der Kontrolle werden Fahrkarten nur, noch gegen Vorzeigung eines von der Eisenbahn ausgestellten Fahrplanbescheinigung ausgestellt. Zu Reisen auf Arbeiter- und Bauernkarten ist falls Eisenbahnbesitz bis auf weiteres nicht erforderlich, ebenso genügt bei Fahrkarten nach und von der Arbeiter- und Bauernkarte in 4. Klasse, zur Erlangung der Fahrkarte, die Vorzeigung der amtlich beglaubigten Arbeitsbescheinigung am Schalter. Die Fahrplanbescheinigung kann erstellt werden zu notwendigen und dringlichen Reisen, also zu dienstlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Reisen, die im allgemeinen Interesse liegen und

**JEDE SORGE**  
wegen  
**schadhafter Dächer**  
besichtigt  
**AMBI, Abt. II K**  
Charlottenburg 9

unaussprechbar sind, bei anderen Reisen, wenn es sich um Todesfälle oder Erkrankungen der nächsten Familienangehörigen (Etern, Ehegatten, Geschwister und Kinder) handelt oder der Reisende infolge eigener Erkrankung die Eisenbahn benutzen muß. Die Notwendigkeit und Dringlichkeit solcher Reisen ist durch glaubwürdige Unterlagen nachzuweisen, als diese gelten insbesondere Bescheinigungen von Behörden zu Dienst- und Berufstreifen, wenn aus ihnen der Zweck der Reisen deutlich hervorgeht, ferner Vorladungen, ärztliche Bescheinigungen, Telegramme und Briefe. Notigenfalls können amtliche Bescheinigungen gefordert werden. Militärpersonen, die nicht im Besitze des Passworts A oder B zur Lösung von Militärfahrkarten oder Fahrkarten des gewöhnlichen Verkehrs sind, unterliegen den gleichen Beschränkungen und Verpflichtungen. In Personen, die berufsmäßig häufig notwendige und dringende Reisen auszuführen haben und dies, sowie den Zweck der Fahrten, durch eine entsprechende Bescheinigung der vorgesetzten Behörde, Handels- oder Gewerbetreibender oder durch Vorlage des Wanderbewerbescheines nachzuweisen, können durch das für hier zuständige Eisenbahn-Vereinsamt Defian Dones-Fahrerlaubnisscheine, mit Gültigkeit bis zu 2 Monaten, abgegeben werden. Dem Antrag ist auch das Bildnis des Inhabers beizufügen. Seitens des Betriebsleiters Herrn Stiebing werden für die Benutzung der Staatsbahn-Fahr- und Eisenbahnscheine ausgestellt und zwar am vormitags 10 bis 11 Uhr. Ausnahmen können nur in den allerbdinglichsten Fällen gemacht werden. Eine Berechnung von Fahrkarten ohne Vorzeigung des Fahr-Eisenbahnscheines ist unmöglich, da diese Scheine beim Betreten der Wagengänge, mit der Fahrkarte zusammen vorgezeigt und gelocht und auf der Endstation mit der Fahrkarte zusammen abgenommen werden.

Niedersterben, 17. April. Eine Frau als Magistratsmitglied. Während die Befestigung der unbesetzten Magistratsmitglieder seitens der Regierung erfolgt ist, ist die Wahl der Frau Helbig (Wesph. Str.) als Stadtrat nicht bestätigt. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß es gesetzlich nicht zulässig ist, eine Frau zum Magistratsmitglied zu wählen. Es sind jedoch Schritte eingeleitet, um solche Wahlen zu ermöglichen. Der nun nicht besetzte Magistratsposten bleibt vorläufig unbesetzt bis die gesetzliche Regelung dieser Frage erfolgt sein wird.

Rehn, 16. April. (Schloß Hammelschahn als Heilstätte) Nach der mit dem früheren Herzog von Sachsen-Altenburg in Aussicht genommenen Auflösung wird auch Schloß Hammelschahn, das durch Herzog Ernst I. mit einem Aufwand von 1,1 Millionen Mark erbaut worden ist, in Staatsbesitz übergehen. Es ist in Aussicht genommen, das Heilstätte wohnungswürdige Gebäude zur Unterbringung von Heilbedürftigen nutzbar zu machen. Auch ein Teil des Schloßes in Eisenberg soll für den gleichen Zweck bei anderer zur Erhebung des Wohnungsnot verwendet werden.

Leipzig, 17. April. (75.000 Anmeldungen zur Messe.) Zum Besuch der am 27. April beginnenden Leipziger Messe haben sich bisher 75.000 Personen angemeldet. Die Zahl der ausstellenden Firmen beläuft sich gegenwärtig auf 7500. Durch die starke Einstellung des Eisenbahnverkehrs war wesentlich die Durchführung angeht die Leipziger Messe würde dadurch in vielerlei Hinsicht abgelaßt werden müssen. Das trifft nicht zu. Das Messegelände mit Bekanntheit, daß bis zu dem Termin der Messe die Verkehrsverhältnisse bestehen sein wird. Ein verstärkter Eisenbahnverkehr steht zu dem Zeit der Messe in sicherer Aussicht.

Leipzig, 22. April. (Ungeklärter Verlauf der Leipziger Messe.) Die „Leipziger N. N.“ stellen am Schluß eines längeren Aufsatzes an die politischen Machthaber in Leipzig die Anfrage, wer die Verantwortung für den ungeklärten Verlauf der Frühjahrsmesse übernimmt. Daran überdies die „Leipziger Volkszeitung“ das Organ des unabhängigen Sozialdemokraten, daß die Arbeiterpartei Leipzigs nicht daran denkt, die Messe und Ordnung in Leipzig zu führen. Der Verlauf der Messe wird unter diesen Umständen keine Beeinträchtigung erfahren, was auch die Anmeldungen in unermesslicher Stärke eingehen.

Witten, 21. April. (Wie die Alten singen.) Nach der Entlassung der Kaufmannen drängen viele in das Lehrzimmer der Berufsschule ein und tüben darin Laufen, indem sie Franzosen händeln, die Hände mit zugehörigen Worten beschreiben und mit Tinte beschriebenen, Tintenlöcher umherlaufen. Die Väterchen, die sich selber als „Spartalster“ bezeichnen, haben ihrer Strafe entgehen.

**Zahnpraxis Zimmermann**  
Halle, jetzt Riebeckplatz (Eingang Landwehrstraße) also in nächster Nähe des Hauptbahnhofes, befasst sich mit Plomben und künstl. Zahnersatz aller Art auch Goldtechnik in bester Friedensqualität, sowie Zahnziehen mit Lokalanästhesie. Vorherige Anmeldung nicht erforderlich, ist aber empfehlenswert. Tel. 4830

# Die Reichsregierung.

Die Entschlossenheit der Tat hat es der Regierung in Weimar mehr als einmal im erforderlichen Maße gezeigt, und wenn der milit. Partisanen- und Kommunistenwahn immer wieder nach erfolglos gedämpft werden konnte, so fällt das Verdienst mehr der Energie der aufgeborenen Truppenkörper zu als derjenigen des Reichsabinetts, das nur einen einzigen wirklich durchgreifenden Mann zählt, den Reichswehrminister Gustav Noske. Der Amtsausschritt des Finanzministers Schäffer, des gerade in diesem Augenblick sehr notwendigen Steuerministers, hat nun auch gezeigt, daß die innere Geschlossenheit des Regiments im Reich nicht über alle Zweifel erhaben ist. Denn man wird uns heute in der deutschen Republik doch nicht die alten Geschicklichkeiten über die Ursachen von Ministerwechseln, wie Krankheit, Persönliches usw. erzählen wollen, die früher in der Monarchie gang und gäbe waren.

Es ist auch nicht lange nötig, zu suchen, warum es sich hier und auch schon früher gehandelt hat. Es sind außer dem Grade des energischen Vorgehens gegen Parteiliche und Kommunisten, drei Punkte, die in Betracht kommen. Die Kürzungen, die Sozialisierung, die Finanzen (Steuern und Sparen). In Sachen der Finanzangelegenheiten dagegen Verdrängung beim Sparen. Die Sparmaßnahme ist seit Kriegsbeginn von der Reichsverwaltung nicht so gehandhabt, wie es später wohl gehandhabt werden konnte, aber was der Krieg unfähig machte, findet heute seine Begründung mehr. Es hat sich gezeigt, daß die frühere Reichsregierung nicht auf die immer wiederkehrende Jante hörte, den Kriegsfiskusanten die Freize zu kürzen, damit wieder ein normales wirtschaftliches Leben Platz greife, und es muß sich weiter zeigen, wenn heute die Reichsregierung alle Ansprüche bewilligt, das Sparen aber bei Seite stellt. Schäffers Steuerprogramm ist nicht unansehbar, aber er hat darin Recht, daß die hohen Lebensmittelpreise und die hohen Steuern und noch dazu die hohen laufenden Ausgaben nicht zu einem getrunken werden können. Die Steuern müssen weiter sein, weil bei der Anarchie der Feinde noch zu berücksichtigen haben, aber die Preise der Lebensmittel und die Ausgaben müssen besenkt werden. Es geht nicht an, daß wir den Staatsbankrott an uns herankommen lassen und dann mit vernünftigen Verstand sagen: „Jetzt kann uns keiner mehr was nehmen.“ Dann geht der Hunger an und der Zwangsdiens. Die Entente wird suchen, daß sie auf ihre Kosten kommt. Wir arbeiten dann für sie, nicht für uns.

Ohne Geschlossenheit und Entschlossenheit der Reichsregierung geht es nicht. Wir haben das Mögliche und das Nöthige ins Auge zu fassen und miteinander zu verbinden. Und ist der rechte Weg gefunden, so muß ohne Weirren daran festgehalten werden, es ist auch aus dem Wege zu entfernen, was sich hemmend aufstellt. Die Macht dazu ist vorhanden, sie braucht nur geordnet angeordnet zu werden. Wm.

## Die Loslösung des Saargebietes.

Nach dem diplomatischen Situationsbericht der Beratungen der Pariser Konferenz haben die vier Staatsleiter am Sonnabend zunächst die Frage des Saargebietes endgültig gelöst. Danach erweist Frankreich die Abtretung des Saargebietes auf in m e r d e n d e Zeit und das volle Eigentum an den Bergwerken. Die Landesverwaltung sollte ihm nach englischen Vätermelungen auf 15 Jahre übertragen und dann die Bevölkerung zur Abstimmung über ihre zukünftige Staatsangehörigkeit berufen werden. Eine Lösung, die Wilson wegen der Achtung vor seinen Grundfäden gefordert hätte; diese Nachrichten werden für zureichend gehalten, ausgenommen die Forderung der Pariser Konferenz, daß Frankreich ein Uebereinkommen über die Höhe des Betrags erzielt, zu dessen Zahlung Deutschland sich im Bräminarverien verpflichten soll, und zwar als Dedung für die erst später festzusetzende Gesamtentschädigung; diese Dedung dürfte nicht unter 125 (12) Milliarden Frank

## Anrufen und Streiks.

### Gegen Frankreich!

General M a r t e r hat vom Reichswehrminister den Befehl erhalten, die Brigade der Wiederherstellung gesicherter Verhältnisse im Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr, der seit Tagen gestört ist, sowie zur Verhinderung von Gewaltthaten an Post- und Eisenbahnbeamten mit seinem Korps in Braunschweig einzurücken. Das Unternehmen wird in den aller-nächsten Tagen vor sich gehen.

Infolge des am 10. April nachmittags begonnene nützlichen Gegenstreiks der Beamtenschaft, Ärzte, Apotheker, Lehrer usw. ruht in Braunschweig der gesamte Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr. Das Rathaus ist geschlossen. Während auch die Eisenbahnbeamten sich dem Proteststreik angeschlossen haben, hat sich die große Mehrheit der Eisenbahnarbeiter mit der Arbeiterkassette solidarisch erklärt. Ähnliche Cases usw. sind geschlossen, ebenso die Restaurants mit Ausnahme einiger Speisestunden. Gas, Wasser- und Elektrizitätswerke arbeiten. Ausschreitungen sind nirgends vorgekommen. Die revolutionäre Streikleitung plant schärfste Maßnahmen gegen den Verzeitsstreik. Die Stadt ist von jeder Draht- und Bahnverbindung nach auswärts abgeschnitten. Diezüge fahren nur bis einige Stationen vor Braunschweig.

### Stagnation in Düsseldorf.

Am Sonnabend nahmen die Regierungstruppen in Düsseldorf in den Abendstunden und während der Nacht den Kampf gegen die Spartakisten, die sich im Stadtteil Oberbilk verschanzt hatten, mit Waffengewalt und Gewehrfeuer wie er auf, der bis in die frühen Morgenstunden des Sonntag anhielt. Sonntag vormittag gegen 10 Uhr begannen die ersten lebhaften Feuer mit Geschützen und Minenwerfern, das etwa dreiviertel Stunde lang anhielt. Darauf drangen die Regierungstruppen von verschiedenen Seiten vor, und es gelang ihnen, nach kurzer Zeit den Ober-

betragen und soll in Jahreszahlungen in Gold, fremden Werten, Postlofen oder Krediten auf ausländische Plätze beschafft werden. Man hoffte, daß Frankreich zur Wiederergänzung seiner Schätze drei Fünftel davon erhalten könne. Ferner wird eine erste beträchtliche Zahlung als sofortige Abschlagszahlung gefordert werden.

## Der neue Völkerverbund.

Nach einer Neuermeldung ist der Entwurf des Völkerverbundes in Paris veröffentlicht worden. Nach dem Entwurf wird der Völkerverbund gegründet, um ein internationales Zusammenleben zu fördern und den Frieden zu sichern. Der Völkerverbund wird umfassen:

- a) alle kriegsführenden Staaten, die in einem dem Entwurf beigegebenen Schriftstück genannt sind; b) alle neutralen Staaten, die ebenfalls genannt sind; c) in Zukunft jedes Land mit Selbstregierung, dessen Zulassung von zwei Dritteln dereremten Staaten, die bereits Mitglieder des Bundes sind, gutgeheißen wird.
- Der Bund wird seine Tätigkeit ausüben durch eine Versammlung von nicht mehr als drei Vertretern eines jeden Gliedstaates, von denen der Vizepräsident jedoch nur eine Stimme hat, um einen Platz, der zunächst aus einem Vertreter der fünf Großmächte und mit einem der vier anderen Mächte gebildet ist. Dieser Rat wird von Zeit zu Zeit durch die Versammlung gewechselt. Die Zahl der Mächte jeder Klasse, die im Rat vertreten sind, kann durch einstimmigen Beschluß des Rates und durch Mehrheitsbeschluß der Versammlung erhöht werden. Andere Mächte haben das Recht, als Mitglieder des Rates bei der Erörterung von Angelegenheiten teilzunehmen, an denen sie besonders interessiert sind. Im Rat hat wie in der Versammlung jeder Staat nur eine Stimme.

Der Entwurf enthält weiter die im wesentlichen schon bestimmten Bestimmungen und bezieht weiter:

Der Vertrag beruht auf der Kraft höherer internationalen Verpflichtungen, nicht, welche, wie Schiedsverträge oder Vereinbarungen zwischen bestimmten Ländern, gleich der Monroe-Doktrin, die Sicherung der Aufrechterhaltung des Friedens zum Gegenstand haben. Die ehemaligen deutschen Kolonien und die Gebiete des ottomanischen Reiches werden im Interesse der Gerechtigkeit durch dem ausgemähten Staaten in der Eigenschaft als Mandatare des Völkerverbundes verwalten, der seinerseits die allgemeine Oberaufsicht führen wird. Die Mandatstaaten übernehmen gewisse Verantwortlichkeiten mit Bezug auf Arbeitsbedingungen, Eingabebeschaffung, Währungsbedingungen, öffentliche Gesundheitswesen und halbstaatlichen Ländern, Durchführ- und Handelsbedingungen, öffentliches Gesundheitswesen und die Vereine vom Roten Kreuz. Der Völkerverbund wird anerkannt als zentrale Behörde, die sich zur Aufgabe legt, im allgemeinen jede Art internationaler Tätigkeit gleichzuvordnen und zu unterstützen.

## Der Aufbau des Räteystems.

Nachdem in der Sonabendstimmung des in Weimar tagenden Rätekongresses der Antrag des Zentralrats zum Räteystem zugunsten des Antrages der Mehrheits- Sozialisten, zunächst o e r t l i c h , handelte es sich in der Sitzung am Sonntag, der von 1/2 Uhr an Fraktionsstimmungen heider sozialistischer Parteien voranliegen, um die Väter der Sozialdemokraten, der Unabhängigen und Demokraten. Bei der Stimmung, die gegen 57 (Unabhäng.) 22 Demokraten und 55 (linke Parteien) war jedoch das Resultat voraussehen, wenn die Mehrheitsleiter handhaft blieben.

Mittags erhielt Däumig für die Unabhängigen das Schlupfwort. Ein Gegner, der eine Redewendung belachte, bekam von Däumig eine heftige Wut, wobei D. mehrere Schritte vorwärtsging, was fast einen persönlichen Zusammenstoß erwarten ließ.

Am Sonntag (Sonntag) Centralrat) den Antrag der Mehrheitsparteien. Kurz nach 1 Uhr kam es zur Entscheidung. Zuerst wurde über einen Antrag der Unabhängigen abgestimmt, der den politischen und wirtschaftlichen Aufbau nach dem Räteystem und die Anerkennung der Arbeiterräte als berufliche Vertretung der werktätigen Bevölkerung auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens verlangte. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit abgelehnt, ebenso ein weiterer Antrag der Unabhängigen

bisherer Marktplatz zu nehmen und die Spartakisten zu vertreiben. Die Regierungstruppen sind vollständig Herren der Lage in Oberbilk. Die Bewilligungen hauptsächlich in der Köhler Straße sind sehr erheblich. Das Elektrizitätswerk an der Köhler Straße hat das Wasserwerk, das am Sonnabend einige Stunden gestört war, die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik der Heizungsführer ist beendet, doch ersehen die Arbeiter nicht, weil der elektrische Strom fehlt.

### Auflösen des Aufreists.

In den meisten Ruhr-Bezirgen hat am Montag morgen die Zahl der zur Arbeit erschienenen Bergleute zugenommen, aber nicht in solchem Maße, daß dadurch eine durchgreifende Beseitigung in der Gesamtheit einträte. In einer Reihe von Bergwerksverwaltungen in den verschiedenen Bezirken wurde am Sonntag nach hitzerühmten Debatten beschlossen, den Streik fortzusetzen. Am meisten hat die Auslandsbewegung wohl in den Bezirken von Langendreer und Hühen nachgelassen. In den Bezirken der Harpener Bergbau G. G. ist ein erheblicher Teil der Belegschaften Montag wieder angefahren.

### Verstärkung des Berliner Angestelltenstreiks.

In dem Streik der Berliner Bankbeamten und der Angestellten der Metallindustrie ist noch keine Einigung erzielt worden. Vielmehr hat sich die Lage noch verschärft durch die Haltung des Verbandes Berliner Bankanstalten, der Beschäftigten über das Mißbehagensereignis am Sonntag abends hat sich eine Deputation der Bankbeamten nach Weimar begeben, um in Verhandlungen mit der Regierung einzutreten. Man will versuchen, das von allgemeinem Verband Deutscher Bankbeamten entworfenen Notgesetz durchzubringen, um auf dieser Grundlage, eventuell auf den Hinweiswege, die Arbeitgeber zu Verhandlungen zu bringen. Bei denen dann durch die geschäftliche Haltung der angestellten Beamten, die Verhandlungen eine bestimmte Richtung bei den Verhandlungen vorgezeichnet ist. Die Verhandlungen in Weimar dürfen sich mehrere Tage hinziehen, und so droht ein Generastreik bei

gegen (Mittelstufen für den Aufbau des Räteystems). Damit waren auch sieben weitere Anträge erledigt. Ingen o m m e n wurde dann gegen die Stimmen der Unabhängigen und Demokraten der Antrag der Mehrheitssozialisten, der die Schaffung von

### Kammern der Arbeit

forbert, zu denen alle arbeitstenden Deutschen wählberechtigt sind, ferner wurden Anträge angenommen, mona bis zur Neuerrichtung der Stellung der Arbeiter- und Bauernräte die jetzigen Arbeiter- und Bauernräte ihre bestehenden Funktionen ausüben haben, den Mitgliedern der Arbeiter- und Bauernräte in der letzten Ausübung ihrer Tätigkeit verleihe gesellschaftliche Organe zuzubilligen ist, wie den staatlichen Gewerkschaftsorganen, und die Regierung aufgefordert wird, die Kommunen anzuweisen, die Kosten der Arbeiterräte zu übernehmen.

Bei Eröffnung der Sitzung wurde von den Kongreßteilnehmern folgende Erklärung zur Presseveröffentlichung abgegeben, worin der Kongreß seine Entschlossenheit über die Ermordung des schaffischen Kriegsministers ausdrückt, solche Brutaltaten auf entschiedenste verurteilt und an die werktätige Bevölkerung appelliert, dafür Sorge zu tragen, daß der Kampf zur endgültigen Befreiung des deutschen Vaterlandes nicht mit solchen Mitteln besetzt wird.

Ferner wurde ein Protest Schimmel und Gen. (Soz.) zur Kenntnis genommen, der sich gegen den Berliner Straßenhandel mit Diebstahl aller Art, die große Spielplatz auf öffentlicher Straße und in Hofen weidert.

Am Montag sollten die Kongreßverhandlungen mit einem im Auftrage des Zentralrats durch K a n t s c h zu erstellenden Referat über

die Sozialisierung des Wirtschaftens be-

ginnen. Infolge schwerer Erkrankung Kantschs verzögerte das Referat. Sozialismus könne nur durch die Produktion durch Kapitalismus und Technik zur höchsten Blüte gebracht ist, sonst schaffe die Sozialisierung Ungleichheit. Es müsse für jeden zu sozialisierenden Produktionszweig eine vollkommen neue Organisation geschaffen werden, wo Arbeiter, Konsumanten und Wissenschaftler zusammenarbeiten. Die russische Methode: „Erst gehen, dann wirken“, habe keine Befreiung gebracht, sondern das Proletariat in Elend gestürzt und ungeheure Leidgedrückt. Zum Schluß empfahl Kantsch die dringende nötige Einigung des Proletariats.

## Zwangarbeit und Arbeitswille.

Deutschland ist ein Kulturstaat und wird daher nie zu einer entwürdigenden Zwangarbeit für freie Menschen schreiten. Es kann nur der Erwerblosigkeiten Unterstützung eine Arbeitspflicht gegenüberstellen. Die Entente, die darüber besorgt ist, daß unsere Gesungenen müssen schamecken, während die feindlichen Geirungen längst entlassen sind. In den besetzten linksrheinischen Gebieten sind deutsche Arbeiter, die streiken wollten, vor die Wahl gestellt worden, zu den von den feindlichen Kommandanten aufgestellten Bedingungen weiter zu arbeiten, oder zur Zwangarbeit nach Frankreich deportiert zu werden. Einen gesetzlichen Versuchungsbegriff, wie es früher vom Rhein überhaupt nicht. Alle diese Sachen müssen wir uns immer wieder vor Augen halten, und sie werden hoffentlich den jetzt stärker einsetzenden Arbeitswillen vermehren. Der Kommunismus kann uns nichts helfen, das betonen alle Reichsminister: Ein kommunistisches Deutschland ist mit einer Friege zu vergleichen, die in einem Gefäß voll Milch darstellt. Sie muß schließlich doch erstarren. Die Verhältnisse sind klar, sie sind es auch für die Arbeitswille. Es ist ja anders, wo nicht in Berlin, wo in einem Monat Durchführungen von sogenannten Arbeitslosen im Betrage von 6 Millionen Markt aufgedeckt wurden, aber vollständig stimmt es nirgends. Ohne Steuern geht es nicht bei den heutigen Verhältnissen. Verschwendung, hohe Lebensmittelpreise und gewaltige Steuern sind ein dreifacher Strich, der auch ein reiches Volk erdrücken muß. Und das deutsche Reich ist arm geworden.

Angestellten. Dem es verlangt, daß, wenn bis Mitte dieser Woche die Differenzen nicht beseitigt worden sind, auch die Beschäftigten der Angestellten der großen Banken und Kaufhäuser sowie noch eine Reihe anderer großer Betriebe in den Sympathiestreik treten wollen. Es voraussichtlich in diesem Falle auch die Arbeiter in den Ausnahmefällen werden, so würde dadurch ein Generallstreik hervorgerufen werden, der das ganze wirtschaftliche Leben Berlins lähmen würde.

Die Zentralstreikleitung der Angestellten in der Metallindustrie richtete einen Aufruf an alle Angestellten Groß-Berlins, in den Kampf um das Mißbehagensereignis einzutreten und ihre Solidarität mit den Streikenden dadurch zu bezeugen, daß sie ebenfalls so lange die Arbeit ruhen lassen, bis das Mißbehagensereignis beseitigt wird.

Auch die Berliner Bauere-Angestellten sind in den Ausnahmefällen getreten.

## Der Ostfriede.

### Die Zukunft des Saarlandes.

Ein Spruch aus Bonn verbreitet in Bonn einen Bericht, wonach der Biererat in der Saargebietfrage eine endgültige Entscheidung getroffen haben soll, und zwar soll danach das

Saarbecken Frankreich auf 15 Jahre zurückerhalten werden. Nach Ablauf derselben soll eine Volksabstimmung stattfinden.

Wie ein Rotterdammer Blatt aus Paris meldet, sollen die Grenzen des Saarlandes nach Norden, wo sich die Belgier befinden, deren Ausübung Frankreich ausgeüben werden wird, v e r e i n l i c h t e t werden und sich bis an die Belgier erstrecken. Wilson, der zunächst Vorbeschlüsse gemacht hat, sei jetzt einerhanden. Der Privatsekretär Lloyd George erl. a. e dem Vertreter des „Welt Journal“. In 14 Tagen oder drei Wochen werden die deutschen Vertreter nach Versailles entbieten werden.



**Spartafaffenstatistik.**

Stadtpartafaffe	Einlegerguthaben		Zuwachs Prozent
	Ende 1917	Ende 1918	
Belgern	8159502,93	3558000,00	13
Beffen	1130361,24	1313000,00	16
Schmiebederg	9302647,87	10905482,82	17
Düben	5579492,55	6506705,27	17
Wittenberg	22328533,00	26500000,00	18
Dirand	4961665,20	5923949,11	19
Gröfenhainichen	2628665,00	3195000,00	21
Brechitz	531974,06	685402,92	28
Bahna	922433,49	1210400,00	31
Kemberg	2786588,00	3976000,90	42

**Gingefandt.**

(Für die unter dieser Rubrik veröffentlichten Notizen übernehmen wir keine Verantwortung.)

Die jüngste Stadtvorordnetenversammlung hat sich für die Erhöhung des Schulgeldes an unserer Mittelschul-Abteilung auf die alten Sätze ausgesprochen. Die im vorigen Jahre eingetretene Ermäßigung hatte sich, wie die Zahl der Anmeldungen damals und in diesem Jahre beweist, als förderlich erwiesen. Dießem Vorteil, der zunächst freilich nur einer für die Abteilung zu sein schien, gibt man sich ohne Not. Wohl war und ist damit zu rechnen, daß, nachdem mit allen Lebensgebieten auch die Schule vom Fließ der geschäftlichen Umgestaltungen erfaßt worden ist, eine Erhöhung wie sie unsere gehobene Abteilung ist, in dieser Form nicht auf die Dauer

bestehen bleiben wird. Damit ist doch aber nicht die Notigung gegeben, ihr möglichst umgehend den Garben zu machen oder ihr Fortbestehen zu untergraben. Diese Wirkung muß aber der Beschluß über die Schulgelderhöhung haben. Die unabweisliche nächste Folge wird sein, daß Abmeldungen geschehen.

Der Bericht über die Behandlung dieser Frage in der Stadtvorordnetenversammlung ist das Echo von Stimmen, aus denen Eigenliebe nicht gegen die gehobene Abteilung klingt. Die Diffamierung hat aber vielleicht ein Interesse daran, zu wissen, ob die da vorgetragene Ansicht die einzig mögliche und ausschließlich berechnete ist.

Nun wird man sich freilich für berechnigt halten, bei mir als den Leiter der Schule Voreingenommenheit für die Einrichtung voranzusetzen oder andrerseits, wenn diese Voraussetzung anzurechnen ist, mir wieder den Vorwurf solcher Voreingenommenheit zum Vorwurf zu machen: so oder so, ich liefere mich dem Vorwurf und der Segensfeier aus. Ich möchte die Frage nun gar nicht als gemischtes in eigener Angelegenheit behandeln, sondern als für eine städtische Sache wie die vorliegende interessanter erachten, der zufällig auch einige Kenntnis von diesen Dingen hätte und veranlaßt durch die handgreifliche Lage und Einseitigkeit in der Verteilung der Frage, hier eine Meinung äußern möchte, die in der Sitzung, ich nicht es, keinen Sprecher gefunden hat.

Es ist ein eigenes Ding mit dem Gebrauch von Schlagworten und schlagwortartigen Wendungen. Sie bieten sich zu bizarrer Benutzung, werden leicht den Anschein, daß mit ihrer Anwendung in einer Sache der Nagel auf den Kopf getroffen wird und können doch so unangebracht sein, weil sie, bei ganz bestimmtem Anlaß entstanden, immer nur für bestimmte Verhältnisse eine gewisse Bedeutung haben.

Wenn das Wort „freie Bahn dem Tüchtigen“ auf die Schulleistungen angewandt, etwas mehr sein soll als eine schöne Redensart, warum will man sich dann die Gelegenheit entgehen lassen, die schon oder noch bestehenden Einrichtungen im Sinne des an sich guten und durchaus berechtigten Gedankens unklar zu machen, um dafür auf die Einheitschule zu warten wie auf das Wasser. Die Einheitschule kommt nicht über Nacht. Sie wird für die Grundschule und ihre Dauer, also vielleicht für 6 Schuljahre, alle Schüler unter-schiedenes Alters haben und erst dann den fähigsten freie Bahn eröffnen in weiter dahinzuhaltenden Schulleistungen. Darin haben wir aber keinen Zweifel, wenn wir, oder je eher wir die gehobene Abteilung auflösen.

Sollte sich's dann nicht vielmehr empfehlen, schon jetzt bei den vorhandenen Einrichtungen jede irgendwas sich ankündigende Lückigkeit zu fesseln, also nach Möglichkeiten dafür zu suchen und sie sehen zu lassen, wo sie sich anbieten.

Behaltung des Schulgeldes in seiner bisherigen Höhe und daneben Schaffung eines größeren Maßes von Freistellen für Unmittelbare und sonstige Begünstigten wären die gebotenen Mittel dazu. Das wäre allerdings eine andere Stellungnahme, als die sich mit Voreingenommenheit gegen die gehobene Abteilung vertragen will. Aber gerade da, wo man sich den Ausbruch Schmerzens für eine Sache zu eigen machen will, kann man dies im tiefsten Sinne doch erst tun, wenn man unter der inneren Notigung steht, für die so bezeichnete Sache mit besonderer Liebe einzutreten. Dann daß etwa bei Einrichtung und Unterhaltung einer gehobenen Schulabteilung besser Vorstellbar wäre, das darf bei einem loyal gerichteten Gemeinwesen nicht abstrahieren, denn doch wahrhaftig erst in letzter Linie in Frage kommen. Röhler.

**Das Vaterland ruft!**

Zur Aufstellung von Freiwilligen-Verbänden können sich alle selbstthätigen, moralisch-heimatliebenden Männer als

**Freiwillige**

melden. In Betracht kommen militärisch ausgebildete des Jahrgangs 1900 und ältere, sowie unausgebildete des Jahrgangs 99 und ältere.

Im Körperbereich werden Freiwilligen-Verbände mit Vertrauensleuten bei

**jedem Truppendeile**

aufgestellt. Alle Waffengattungen (Infanterie, M.-G.-Schützen, Kavallerie, Artillerie, Pioniere, Mineurwerfer, Nachrichtentrupps, Flieger, Kraftfahrer, Eisenbahner, Sanitäts Personal und Train) werden benötigt.

Wünsche auf Einräumung bei einem bestimmten Truppendeile mit Kameraden und Freunden zusammen werden möglichst berücksichtigt.

Die Freiwilligen-Verbände sollen den Stamm für die zu gründende

**Reichswehr**

bilden und die Ueberlieferung der alten, ruhmreichen Regimenter usw. fortpflanzen. Wer also trenn an seinem alten Truppendeile hängt, mit dem er gekämpft und in dessen Reihen er für das Vaterland geblüht hat, der melde sich in erster Linie.

Vorläufig gelten dieselben Bedingungen wie bei den übrigen Freiwilligen-Verbänden, später die Bestimmungen für die Reichswehr.

Alle Truppendeile, Garnison- oder Bezirkskommandos geben weitere Auskunft.

Militärpapiere sind mitzubringen.

Der kommandierende General d. IV. A. R. v. Kleiß.

**Getendörfer Runkelkamen**  
**Aderspörgel (Anteling) Ceradella**  
**Gemüse- und Blumensamen**  
empfiehlt  
**Fr. Hoym, Eisen- und Messwaren.**

**Dietrich Nähmaschinen**  
in Schwing- und Handstich sind eingetroffen und bin ich jetzt in der Lage, dieselben zu Tagespreisen liefern zu können  
**Paul Ellermann, Uhrmacher, Leipzigerstr. 61**

**Krankes und gefallenes Vieh**  
kauft rändig zu höchsten Tagespreisen

**Hundepark Bahna**  
Kongresslokale Adelerstr. — Telefon Nr. 6

**Sonntag, den 27. April, nachmittags 3 Uhr verpachte ich in den Holzschlägen in Wierichshöhe die Grasstellen**  
**M. Pannier**

**Mehrere Fuhrer Sägespäne**  
hat abzugeben  
**Grubel, Mühle Lubitz**

**1 Paar Militärhiesel**  
zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Klattes

**Wohnung**  
in besserem Hause zu mieten gesucht. Off. a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten

**Solides, kleines Haus mit Garten**  
zu kaufen gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Küchenschürzen**  
blauweiß gestreift und gepunzte dunkle Muster, große weiße Form, gefl. Ware  
per St. **9,80**  
versandt, so lange Vorrat reicht p. Nachb. Betrad. **W. Plath, Steboel. 6.**

**Zahn-Atelier**  
**Fr. Genzel**  
Vollst. schmerz lindern des Zahnziehen  
Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam  
Aufertigung künstlicher Zähne in Hartgips, Gold u. unedsten Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne.  
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Am Freitag, den 25. April, abends 8 Uhr findet im Schulhause ein

**Evangelisations-Vortrag**  
des Herrn Evangelist Dönitz  
statt, wozu jedermann herzlich eingeladen wird

**Kotel „Zur Post“, Kemberg**  
Sonntag, den 27. April, von nachmittags 3 Uhr an  
**allgemeiner Ball**  
wozu freundlichst einladet  
**Paul Günther**

**„Zur preußischen Krone“**  
Zum Anzuge, Sonntag, den 27. April, von nachmittags 3 Uhr an  
**grosser Anzugs-Ball**  
wozu freundlichst einladet  
**August Thiele**

**Prozesssachen**  
Kaufverträge, Testamente, Nachlassverzeichnis, Rentenansprüche, Militärgeldsche, Grundbesitz, Steuerbescheide, Grundbuchverträge.  
Jeden Freitag vorm. 10  
Roumann's Restaurant  
**R. Schumann,**  
Landger. Ref. a. D. mit Auszeichnung

Für die uns anlässlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten u. Geschenke danken herzlichst  
**Walter Morawietz u. Frau**  
**Elsa geb. Lehmann**

**Riegelseife**  
in Stücken (Austauschbare, markenfrei) empfiehlt  
**C. G. Pfeil**

Für die uns aus Anlass unserer Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.  
**Karl Reichelt und Frau**  
**Anna geb. Wollgast**

**Aränter-Shampoo**  
Mia Vera Hautcreme  
Haaröl Haarpomade  
Schuhcreme, schwarz und gelb empfiehlt  
**Mme. Wilh. Becker.**

**Statt Karten!**  
Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zu unserer Vermählung sagen wir unsern herzlichsten Dank  
**Franz Looser und Frau**  
geb. Kotzsch

Für die uns zu unserer Vermählung dargebrachten Aufmerksamkeiten sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.  
Reuden, 23. April 1919.  
**Bruno Ludley und Frau**  
Hedwig geb. Hildebrandt

**Getrocknetes Gemüse**  
in schöner Qualität  
empfiehlt  
**C. G. Pfeil**

**Hypotheken-Darlehen**  
stets zu günstigen Bedingungen  
zu vergeben von der  
**Stadt-Sparkasse, Kemberg**